

## BUCHBESPRECHUNGEN

|   |     |
|---|-----|
| <b>Backes, Uwe / Kailitz, Steffen (Hg.): Ideokratien im Vergleich</b><br>(Manuel Becker).....           | 357 |
| <b>Böttcher, Winfried (Hg.): Klassiker des europäischen Denkens</b><br>(Max Lüggert).....               | 359 |
| <b>Dreier, Horst: Idee und Gestalt des freiheitlichen Verfassungsstaates</b><br>(Reinhard Mebring)..... | 361 |
| <b>Jopp, Mathias / Tekin, Funda (Hg.): Europas Wert</b><br>(Christian Nestler).....                     | 362 |
| <b>Mehrtens, Philip: Staatsschulden und Staatstätigkeit</b><br>(Armin Pfahl-Traugbber).....             | 363 |
| <b>Münkel, Daniela (Hg.): Herbst '89 im Blick der Stasi</b><br>(Benjamin Page).....                     | 364 |
| <b>Oberreuter, Heinrich: Republikanische Demokratie</b><br>(Bernhard Schreyer).....                     | 365 |
| <b>Reinhard, Wolfgang (Hg.): Geschichte der Welt 1350–1750</b><br>(Richard Albrecht).....               | 368 |
| <b>Schönherr-Mann, Hans-Martin: Albert Camus als politischer Philosoph</b><br>(Linda Sauer).....        | 369 |
| <b>Stoppe, Sebastian: Unterwegs zu neuen Welten</b><br>(Richard Saage).....                             | 372 |

*Uwe BACKES/Steffen KAILITZ (Hg.): Ideokratien im Vergleich. Legitimation, Kooptation, Repression, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2014, 406 S., 69,99 €*

In der deutschsprachigen vergleichenden Politikwissenschaft erlebt die Autokratieforschung derzeit unübersehbar eine konjunkturelle Blüte. Im Kontext dieses Aufschwungs ist auch eine ältere, fast schon vergessene Terminologie wieder aufgetaucht: der Begriff der Ideokratie. Auch wenn dieser sich sowohl bei deutschen Staats- und Verfassungsrechtlern des 19. Jahrhunderts als auch bei verschiedenen Eurasiern einer großen Beliebtheit erfreute, so hat ihn nahezu die gesamte Totalitarismusforschung des 20. Jahrhunderts ignoriert (vgl. dazu auch M. Becker: »Die Ideokratie als Herrschaftsform« in: *ZfP*, 2/ 2011, S. 148–169). Uwe Backes und Steffen Kailitz vom Dresdener Hannah-Arendt-Institut haben ihn in den Mittelpunkt einer international besetzten Tagung gerückt, deren Ergebnisse nun als Sammelband vorliegen. Als analytisches Leitmotiv zur Vorstrukturierung einer Analyse ideokratischer Regime wählen die Herausgeber den Dreiklang aus Legitimation, Kooptation und Repression. Während Legitimation und Repression unmittelbar einleuchtende Kategorien zur Analyse ideokratischer Herrschaft darstellen, so erscheint die Kooptation erklärungsbedürftig. Dass jedoch der in der Regimeforschung sehr präsente Begriff Repression nicht alle subtilen Mechanismen der Unterdrückung zu erfassen vermag, klingt sehr plausibel (S. 14–15).

Der Sammelband ist in drei inhaltliche Blöcke unterteilt: Der erste Teil ist etymologischen sowie theoretisch-methodischen und konzeptionellen Fragen gewidmet, während im zweiten Teil mit der Sowjetunion, dem faschistischen Italien dem NS-Regime, der DDR, der Volksrepublik China, Nordkorea und Kuba konkrete Fallbeispiele von historischen und aktuellen Ideokratien untersucht werden. Der dritte Teil beschäftigt sich schließlich mit übergreifenden Erkenntniszusammenhängen, die die Herausgeber unter dem Stichwort »Vergleiche« subsummieren.

Aus dem ersten Block hervorzuheben ist zum einen die begriffsgeschichtliche Skizze von Uwe Backes, in der insbesondere im Teilkapitel zur Bolschewismuskritik und Staatslehre von eurasischen Autoren bisher wenig bekannte Belege und Textfragmente zur analytischen Einordnung ideokratischer Herrschaft zusammengetragen werden (S. 30–35). Auch Hermann Lübbes luzide moralphilosophische Einbettung des Ideokratiekonzepts liest sich ausgesprochen gewinnbringend. Unter Rückgriff auf die Moralphilosophie Immanuel Kants expliziert Lübbe, wie stark die verpflichtende und rechtfertigende Kraft des guten Willens dem Handeln von Gewissenstären zu Grunde liegt (S. 47–49).

Die Beiträge des zweiten Teils orientieren sich teilweise mehr, teilweise weniger stark an der von den Herausgebern vorgegeben Trias. So behandelt Leonid Luks in seiner chronologisch orientierten Analyse des Herrschaftssystems der Sowjetunion vor allem dessen Instrumente der Repression. Diese hätten vor allem deswegen Anwendung gefunden, weil die Herrschaft von Anfang an ein beträchtliches Legitimationsdefizit aufgewiesen habe (S. 115–144). Auf Kooptationsmuster geht er nicht ein. Wolfgang Bialas zufolge, dessen Beitrag sich mit dem »Dritten Reich« auseinandersetzt, kann die Vereinnahmung des bürgerlich-christlichen Humanismus bei der Begründung der nationalsozialistischen Moral als exemplarisches Beispiel für die Wechselbeziehung von Legitimation, Kooptation und Repression gesehen werden. Um Repressionen zu rechtfertigen, wurde eine legitimatorische Befreiungsrhetorik von alten Grundsätzen verwendet. Es fänden sich zahlreiche Varianten der subtilen Übernahme bürgerlich-christlicher Argumentationsfiguren und ihrer Verwendung in einem rasenbiologischen Referenzrahmen (S. 163–167). Die Verbesserung der Lebensbedingungen für viele Deutsche unter dem NS-Regime lasse sich als typisches Kooptationsmuster mit Blick auf die Gesamtgesellschaft deuten (S. 175–179).

Udo Grashoff orientiert sich in seinem Aufsatz streng an dem Dreierschema. Besonders interessant sind seine Einlassungen zur Kooptation. So macht er für die DDR vor allem in der Frühphase der SBZ verschiedene Formen von Kooptation aus, beispielsweise, indem nichtkommunistische Politiker und auch frühere Nationalsozialisten in den Herrschaftsaufbau durch die

SED mit einbezogen wurden. Unentschieden zeigt er sich bei der Frage, ob das System der Blockparteien als Form von politischer Kooptation zu deuten sei (S. 198–202). Grashoff regt an, darüber nachdenken, ob nicht die Ablehnung der Forderungen von Bürgerrechtlern, die 1989/90 einen »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus beschreiten wollten, als Form der verpassten Kooptation gewertet werden könne (S. 202–203).

Christian Göbel vertritt in seinem Aufsatz zu China die These, dass der Staatsgründer Mao Zedong Angst vor jeglicher Form von Kooptierung gehabt und diese als tendenziell herrschaftsfördernd betrachtet habe. Dennoch sieht Göbel durchaus Kooptationsaspekte im Herrschaftssystem der Volksrepublik: so etwa in den Klientelnetzwerken der Partei, in der Infrastruktur der staatlichen Gerichte sowie in der Anwendung von Technologien zur Verwaltung der Gesellschaft. Ein charakteristisches Wechselverhältnis der drei Faktoren Legitimation, Kooptation und Repression lässt sich seiner Ansicht nach für China aber nur sehr schwer ausmachen (S. 226–227).

Im dritten Teil befasst sich Roger Griffin mit der Legitimationsgrundlage von Ideokratien. Er erläutert seine von ihm bereits an anderer Stelle (*Modernism and Fascism*, 2007) vertretene These vom Faschismus als nicht anti-, sondern im Gegenteil als hyper-moderner Form von politischer Herrschaft. Ideologien stießen insbesondere in Umbruchphasen und Wertekrisen auf einen fruchtbaren Nährboden. Mit Blick auf die Ideokratien betont Griffin vor allem die Koexistenz von genuin ideokratischen und nur vorgeschobenen pseudo-ideokratischen Elementen, die lediglich dem Machterhalt diene (S. 279–296).

Manfred G. Schmidt gibt einen hervorragenden Überblick über die Forschung zur Bedeutung der *Output*-Legitimität in Autokratien. Ausgehend von der Annahme, dass auch autokratische Machthaber nach Legitimität streben, kommt er zu dem Ergebnis, dass *Output*-Legitimität zumindest prinzipiell dazu beitragen könne, die strukturelle Legitimitätslücke in Autokratien zu verringern. Ob sie allerdings de facto geschlossen werden könne, lasse sich auf der Grundlage der ermittelten Daten nicht feststellen. Insofern sei die Formel »Legitimation durch Performanz« nach wie vor mit einem deutlichen

Fragezeichen zu versehen. Schmidt weist auf das grundsätzliche Forschungsdesiderat hin, valide Beobachtungsdaten aus Autokratien in ausreichender Menge zu ermitteln (S. 297–312).

Der systematischen Konzeption der Kooptation widmet sich Steffen Kailitz. Er fasst unter den Begriff Kooptation in einem weiten Sinne alle Bemühungen eines politischen Regimes, mit denen Gefolgschaft und Fügsamkeit »erkauft« werden sollen. Das Eröffnen von Karrierechancen gehöre ebenso dazu wie die Gewährung jeder Form von materiellen und immateriellen Vorteilen. Kooptation könne sich auf Netzwerke bestimmter Personen, aber auch auf die Gesamtheit der Bürger richten. In personalistischen Autokratien trete die Kooptation zumeist in Form von Klientelismus auf, wohingegen die Ausübung von Patronagemacht als charakteristische Kooptationsform von Ideokratien angesehen werden kann (S. 317–323).

Jerzy Macków reflektiert verschiedene Formen ideokratischer Repression und stellt dabei in erster Linie auf den Abschreckungscharakter als Kernziel repressiver Maßnahmen ab. Er stellt ein Kriterienraster zur Unterscheidung verschiedener Spielarten von Repression vor: Es sei erstens zwischen einer harten, physischen Form von Repression und einer weichen, nicht physischen und eher indirekten Form von Repression zu differenzieren. Zweitens lasse sich zwischen punktueller und zerstreuter Repression unterscheiden. Beide Unterscheidungen ließen sich auch über Kreuz miteinander kombinieren (S. 352–355).

Unter dem Strich handelt es sich um einen sehr lesenswerten Band, der unterschiedliche methodische und konzeptionelle Herangehensweisen sowie historische wie aktuelle Perspektiven auf einen wichtigen Untersuchungsgegenstand versammelt. Daran, ob das vorgeschlagene Konzept einer Trias von Legitimation, Kooptation und Repression in dieser Form auf jeden empirischen Einzelfall einer ideokratischen Herrschaft fruchtbar angewendet werden kann, darf man nach der Lektüre der Beiträge des zweiten Teils zumindest Zweifel anmelden. Dass diese Betrachtungsweise jedoch zu anregenden und lesenswerten Fallstudien sowie Grundsatzreflexionen geführt hat, die die Forschung weiterbringen, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Manuel Becker

Winfried BÖTTCHER (Hg.): *Klassiker des europäischen Denkens. Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte*, Baden-Baden: Nomos, 2014, 781 S., 98 €

Europa ist heute eine politische Wirklichkeit und ein geteilter Ort, den die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und den anderen europäischen Ländern alltäglich erfahren. Neben der krisenhaften Realität ist es jedoch stets ratsam, sich vor Augen zu führen, auf welchen Ideen die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Einigung fußt und seit wann ein vereintes Europa – in welcher Form und zu welchem Zweck auch immer – Gegenstand der intellektuellen Diskussion dieses Kontinentes ist. Das vorliegende, von Winfried Böttcher zusammengestellte Werk versucht einen Überblick über die Vielfalt und die Entwicklungslinien der Vorstellungen über Europa zu geben.

In seiner Einleitung weist der Herausgeber darauf hin, dass diese Mammutaufgabe in Form eines Nachschlagewerks verfolgt wird. Diese Herangehensweise ist aus praktischen Gründen sinnvoll, da es für einen einzelnen Autor oder auch eine kleine Gruppe an Autoren wohl schwer möglich wäre, die vielen verschiedenen Denker zusammenzutragen, vorzustellen und in einen Zusammenhang zu setzen. Aus diesem Grund liegen die einzelnen Beiträge über die vorgestellten Denker in lexikalischer Form vor, wobei nur logisch ist, dass die Beiträge der verschiedenen Autorinnen und Autoren – mehr als 60 an der Zahl – in Form, Umfang und Schwerpunktsetzung unterschiedlich ausfallen.

Der Hauptteil mit den 100 Beiträgen ist zur besseren Übersichtlichkeit in fünf große Abschnitte eingeteilt, an deren Grenzen sich entscheidende historische Wegmarken befinden. Den zeitlichen Anfang nimmt das Buch im Jahr 1306, in dem der französische Publizist Pierre Dubois erstmals einen umfassenden Plan für die Ordnung in Europa vorgelegt hat. Die weiteren Einteilungen orientieren sich am Westfälischen Frieden 1648, dem Wiener Kongress 1815, dem Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945.

Eine sinnvolle Einrahmung erfährt der Band zudem durch einen einführenden Teil, in dem fünf Elemente vorgestellt werden, die das europäische Erbe prägen – die Antike mit dem Ein-

fluss von Griechen und Römern, das Vermächtnis von Christentum und Judentum, die Bedeutung des Islam und der Byzantiner sowie die Rolle von Karl dem Großen. Dabei gelingt es den Autoren dieser einführenden Abschnitte hervorragend, die spezifischen Aspekte herauszuarbeiten, welche die Vorstellungen von Europa bis heute beeinflussen.

Von griechischer Seite prägen die klassischen Genres der Literatur, sowie die Philosophie mit ihren Vorstellungen von Freiheit und Staat das europäische Denken. Das römische Erbe zeigt sich besonders in der rechtlichen und administrativen Konsolidierung des römischen Reiches, die mit ihrem Gefüge von politischen und administrativen Institutionen moderne Staatlichkeit vorwegnahm. Das religiöse Erbe von Christentum und Judentum, zumindest in der Legitimationsform des Gottesgnadentums, spielt heute keine Rolle mehr, war aber Teil des zeitgeistlichen Hintergrundes vieler der vorgestellten Denker. Byzantiner und Muslime sorgten zur Zeit der Völkerwanderung dafür, dass die antiken Texte nicht gänzlich in Vergessenheit gerieten, und mit dem Fall von Konstantinopel beschleunigte sich die Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität, auch wenn sich diese primär aus einer gemeinsamen christlichen Feindschaft gegen die osmanischen Herrscher speiste. Zuletzt wird noch auf Karl den Großen eingegangen, der zwar für Franzosen wie Deutsche Teil nationaler Geschichte ist, für die anderen europäischen Staaten aber eine eher geringe Rolle spielt. In diesem Sinne fokussiert sich die Darstellung der Bedeutung Karls auch auf diese zwei europäischen Kernstaaten, wobei ihm aber auch gesamteuropäische Impulse zugeschrieben werden, wie die Einführung einer gemeinsamen Münze als früher Vorläufer des Euro.

Im Hauptteil finden sich dann unter den 100 Namen auch einige bekannte Figuren, die in einem ideengeschichtlichen Nachschlagewerk nicht fehlen dürfen, darunter Machiavelli, Hobbes, Grotius, Montesquieu, Marx, Arendt und unzählige andere. Dazwischen finden sich auch stets Personen von weltlicher wie geistlicher Macht wie Papst Pius II., Napoleon, Metternich, Briand und Churchill. Die Dichte an politischen Porträts nimmt im letzten Abschnitt, der sich mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg befasst, erheblich zu; die vielen Architekten der manifesten

politischen Einigung Europas – allen voran Schuman, Monnet, Spaak und Hallstein – werden damit in ihrer besonderen Bedeutung anerkannt.

Doch auch weniger bekannte Figuren der europäischen Geistesgeschichte erfahren in diesem Band eine angemessene Würdigung. Der französische Publizist Émeric Crucé war schon zu Lebzeiten eine Figur, über die erstaunlich wenig bekannt war. Crucé legte 1623 mit Genehmigung des französischen Königs eine umfassende Friedensordnung vor, die in ihrer Ausrichtung auch heute noch anschlussfähig ist. Kernpunkte seines Werks waren die Neutralität hinsichtlich Religion und Weltanschauung, der Verweis auf die wirtschaftlichen Vorteile eines weltweiten Friedens und der Glaube an die Fähigkeit der Menschen zu Vernunft und Einsicht. Doris Lauer gelingt dabei eine gut strukturierte Einordnung und Wertschätzung dieser für mehrere Jahrhunderte übersehenen Person.

Auch große Frauen werden in diesem Sammelband näher vorgestellt. Hervorzuheben ist dabei Stephanie Wolff-Rohés Porträt von Rosa Luxemburg. Im Einklang mit dem übergeordneten Ziel des Sammelbandes, nämlich bei allen vorgestellten Personen das speziell Europäische in ihrem Denken hervorzuheben, zeigt auch dieser Beitrag, dass Luxemburg mit ihrem konsequenten und überzeugten Einsatz für Frieden und die Überwindung nationaler Strukturen als eine Vorbereiterin für die friedliche europäische Einigung zu sehen ist; erst recht angesichts der gegenläufigen vorherrschenden politischen Meinung zu ihrer Zeit.

Das letzte Porträt über Václav Havel bildet einen thematisch sinnvollen Abschluss des Buches. Andreas Kalina gelingt es dabei, den ehemaligen tschechischen Präsidenten in seinen Eigenschaften als politisch verfolgten Intellektuellen und als Repräsentant einer bürgerlich-europäischen Denktradition zu präsentieren, der sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs unverzüglich für eine Anbindung der osteuropäischen Staaten an die Europäische Union einsetzte und somit zur jetzigen Form des politisch vereinten Europas beitrug.

Nach dem Hauptteil ergreift der Herausgeber nochmal in einer Art Epilog das Wort und wagt nach der Darstellung europäischer Geistesgeschichte einen Ausblick auf die Zukunft des politischen Europa. Seine erste Diagnose in diesem

Teil ist die der regelmäßig wiederkehrenden Krisen im Verlauf der europäischen Integration. Nach Verweisen auf das Scheitern der EVG, die »Politik des leeren Stuhls« unter de Gaulle und auf die Eurosklerose während der 1970er und 80er Jahre widmet sich Böttcher der aktuellen Krise in besonderem Maße. Gerade in der desolaten wirtschaftlichen Situation der Südstaaten der EU, und besonders in der kritischen Lage der dortigen Jugend sieht er einen »kaum zu überschätzende[n] soziale[n] Sprengstoff« (S. 752).

Zur Bewältigung der Krise legt er einen umfassenden Entwurf für eine radikale politische Neuordnung Europas vor, ein Modell einer europäischen Republik, den »Vereinten Regionen Europas« (S. 756), in der die Nationalstaaten aufgehoben werden und sich stattdessen die einzelnen Regionen – ähnlich wie die Kantone der Schweizer Eidgenossenschaft – in einem europäischen Verbund zusammenfinden. Dass Böttcher hierbei von einem Automatismus in der Ersetzung nationaler Identitäten durch eine europäische ausgeht und nebenbei auch das Problem des Demokratiedefizits in diesem Entwurf gelöst sieht, mag man als naiv betrachten; die Formulierung einer solchen Utopie ist jedoch zumindest beachtens- und bedenkenswert und bildet nicht zuletzt einen angemessenen Schlusspunkt zu diesem Nachschlagewerk.

Insgesamt ist dem Herausgeber und den vielen Autorinnen und Autoren ein umfassendes, aber dennoch leicht zugängliches Werk zur europäischen Ideengeschichte gelungen. Die thematische Fokussierung auf die Europavorstellungen führt in gewisser Weise zu einer Nabelschau, da kaum einmal der Blick über die Grenzen Europas hinausreicht und auch wichtige Aspekte der europäischen Geschichte selbst, wie die Jahrhunderte der Kolonisierung (außer zumindest ansatzweise im Beitrag über William Penn), nicht thematisiert werden. Doch trotz dieser engen Schwerpunktsetzung liegt mit diesem Band eine Sammlung politischer Ideen vor, welche die gedankliche Entwicklung der europäischen Einigung verständlich zusammenfasst; er hat deshalb durchaus das Potential zu einem Referenzwerk zu werden – insbesondere für Lehrende, Studierende und Praktiker europäischer Politik.

Max Lügert

Horst DREIER: *Idee und Gestalt des freiheitlichen Verfassungsstaates*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2014, 528 S., 69 €

Horst Dreier (\*1954), über Kelsen promoviert, ist schon durch seinen dreibändigen maßgeblichen Grundgesetz-Kommentar einer der exponiertesten Verfassungsrechtler seiner Generation. Seine Arbeiten bestechen durch analytische Klarheit, Systematizität und enzyklopädische Übersicht auch über die einschlägige Literatur. Seine Wahl zum Bundesverfassungsrichter scheiterte 2008 an einer politischen Kampagne. Eine Sammlung seiner grundlegenden Arbeiten repräsentiert den aktuellen Standard der Diskussion.

Die Rede von »Idee und Gestalt« erinnert dabei zunächst etwas gravitatisch an Ernst Cassirer (*Idee und Gestalt. Goethe / Schiller / Hölderlin / Kleist*, Berlin 1921), der unter diesem Titel neukantianische und goethezeitliche »Verknüpfungen und Vermittlungen« aufzeigen wollte, »die von der Welt philosophischer Ideen zur Welt der dichterischen Gestaltung hinüberführen«. Ein überspannter Idealismus, den Cassirer selbst aber, von der »Tragödie« der Kultur wissend, nicht vertrat, legt das Verhältnis von »Idee und Gestalt« holistisch und harmonistisch als Konkrektion, Realisation oder Umsetzung aus. So proklamierte es auch die NS-Schriftenreihe »Idee und Gestalt des Nationalsozialismus«, die von der »Deutschen Hochschule für Politik« – oder deren Verweser – herausgegeben wurde. Ganz anders legt Horst Dreier das Verhältnis von »Idee und Gestalt« aus, weshalb seine Rede vom »freiheitlichen Verfassungsstaat« auch nicht tautologisch ist. Er untergliedert seine Sammlung in drei gleichgewichtige Hauptteile »Begriffe«, »Strukturen« und »Kontroversen« und zeigt, »daß auch bei klarer Begrifflichkeit und breitem Konsens über wichtige Strukturmerkmale vehemente Kontroversen über Reichweite und Konsequenzen verfassungsstaatlicher Verbürgungen und Rechtsgrundsätze nicht ausbleiben.« (VII) Grundsätzlich betrachtet er den freiheitlichen Verfassungsstaat als zivilisierenden Modus diskursiver und rationalisierender Konfliktbearbeitung. Seine Sammlung verdient gerade durch ihre Spannung von »Idee und Gestalt« Beachtung.

Dreier versammelt in dem hier besprochenen Band (teils geringfügig überarbeitete) Studien von 1988 bis 2012, wobei der Mittelteil »Struktu-

ren« – mit Beiträgen zum Majoritätsprinzip und Demokratieprinzip des Grundgesetzes, den Grundrechten, Grenzen demokratischer Freiheit und der Eigenständigkeit der Verwaltung – die ältesten Studien dokumentiert und der eröffnende Teil »Begriffe« jüngste lexikalische Beiträge, teils Erstveröffentlichungen, zu den Schlüsselbegriffen Verfassung und Rechtsstaat, Grund- und Menschenrechte, Menschenwürde und Souveränität. Der Schlussteil »Kontroversen« bietet Beiträge zur bioethischen Diskussion um den »Lebensschutz«, zur Kritik der Mauerschützenurteile, zum Verhältnis von repräsentativer und direkter Demokratie wie zur Spannung von Art. 79 und Art. 146 GG oder »offenen« und »riskanten Verfassung«. Jeder Leser wird dieses oder jenes vermissen. So fehlen Dreiers eindrucksvollen wissenschaftsgeschichtlichen Beiträge zu Hans Kelsen und der Linie des Rechtspositivismus. Sie mögen einer späteren Sammlung vorbehalten bleiben. Gerne sähe man die Anzahl der »Kontroversen« verlängert und jüngste Grenzprobleme des Rechtsstaats behandelt. Gerade weil Dreier die liberalen Prinzipien des freiheitlichen Verfassungsstaates wie wenige sonst glasklar fasst, läse man hier gerne auch Beiträge zu Grenzfragen der Europäisierung und Internationalisierung der bundesdeutschen Verfassung oder zur »informationellen Selbstbestimmung« in Zeiten der NSA oder anderen aktuellen Fragen. Dreier verliert sich aber nicht im Aktualistischen, sondern belässt die Didaktik seiner Sammlung im Rückverweis auf die Prinzipien und Strukturen des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates.

Sein Schlüsselbegriff ist die »Selbstbestimmung«. Als Jurist begreift er sie institutionell als Herrschaftsordnung. Normativ argumentiert er auch mit der Forderung nach widerspruchsfreier Gleichbehandlung und Gerechtigkeit. Als liberaler Denker besteht er auf Autonomie und strikter Trennung von Recht und Moral. Deshalb kritisiert er auch die Voraussetzung fester Menschenbilder (S. 105f.) und absolutistischer »Werte«, warnt vor Extensionen und Verwässerungen der Grundrechte und Menschenwürde, kritisiert terminologisch prägnant die »Wertordnungsrechtsprechung« (S. 206), »Menschenrechtseuphorie« (S. 384) und ein »Menschenrechtsnaturrecht« (S. 381), warnt vor rhetorischen Naturrechtskostümen wie der Radbruchschen Formel. Besonders strittig ist sein differenziertes Plädoyer für

ein »Stufungskonzept« (S. 330, 337, 341) vom Lebensrecht, das Dreier analytisch überzeugend von pauschalen Menschenwürdereklamationen absetzen will. Dabei kritisiert er die »Ungleichbehandlung von Embryonen in vitro und in vivo« (S. 336) unter Verweis auf die Parallele der Abtreibung. Normativ argumentiert er auch mit der »Generationengerechtigkeit«. Eine zentrale verfassungstheoretische Sorge und ein prägnanter Abschluss der Sammlung ist seine Relativierung der »Ewigkeitsklausel« des Grundgesetzes durch den verfassungsrechtlichen Nachweis des Vorrangs und der Fortgeltung von Art. 146 GG. 1994 befand Dreier: »Während Art. 79 Abs. 2 GG die Schranke für Verfassungsänderungen zu niedrig ansetzt, geht das absolute Änderungsverbot Art. 79 Abs. 3 zu weit« (S. 277). Diese Spannung hat er in den letzten Jahren durch eindrucksvolle Beiträge zur »Konkurrenz« und »Korrelation« repräsentativer und direktdemokratischer Elemente, zum »Ablösungsvorbehalt« des Grundgesetzes und zur »riskanten« Form des Verfassungsstaates moderiert, mit denen er seine Sammlung beschließt. Dreier möchte Verfassungsevolution ermöglichen. Ob die »offene« Flexibilisierung des Problemlösungsmodus Verfassungsstaat den enormen Herausforderungen unserer Gegenwart standhält, muss sich zeigen. Dreier jedenfalls scheint die Zukunft des freiheitlichen Verfassungsstaates optimistisch oder alternativlos zu sehen. Seine Sammlung ist ein eindringlicher Verweis auf die grundsätzlichen normativen Fragen jenseits voreiliger moralisierender Kurzschlüsse.

Reinhard Mehring

Mathias JOPP/Funda TEKIN (Hg.): *Europas Wert: Studien zum materiellen und immateriellen Nutzen der europäischen Integration (Europäische Schriften, Bd. 94)*, Baden-Baden: Nomos, 2014, 256 S., 54 €

Die Geschichte Europas seit 1945 und hier im Besonderen die Entwicklung der westlichen Staaten des alten Kontinents, ist die Historie zunehmender Integration und hierdurch Frieden. Trotz aller Hürden, Durststrecken und Verzögerungen ist sie durch das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung, die Währungsunion und die Osterweiterungen seit 2004 eine Erzäh-

lung des Erfolgs. Mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007 und in ihrer Folge der Eurokrise hat das Vertrauen in das »Projekt Europa« in allen Staaten abgenommen. Dies lässt sich besonders deutlich an zwei Entwicklungen festmachen: Erstens hat das Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union (EU) seit Beginn der Krise sukzessive abgenommen, wohingegen die nationalen Regierungen stabil blieben und zweitens haben seit 2008 euroskeptische und rechtspopulistische Parteien in allen Ländern deutlichen Zuspruch erfahren. In dieser Situation ist es für die EU, aber mehr noch für die nationalen Medien- und Gesellschaftsdiskurse von großer Bedeutung, den Wert Europas zu hinterfragen, um eine geschichtsbewusste und differenzierte Antwort auf die Frage »Quo vadis EU?« geben zu können.

Mit *Europas Wert* liegt nun eine entsprechend politische, rechtliche und wirtschaftliche Analyse vor. Jopp und Tekin schließen damit an die geschichtswissenschaftliche Arbeit von Andreas Wirsching *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit* aus dem Jahr 2012 an.

Auch wenn es sich um einen Sammelband handelt: Bereits die Lektüre des Inhaltsverzeichnis lässt erkennen, dass die Einzelteile starke Kohäsion zu einem Ganzen haben. Das ist bei dieser Publikationsform nicht selbstverständlich.

Die Auseinandersetzung hebt mit einer Betrachtung über »Die normativen Grundlagen der Europäischen Union« von Julian Plottka und René Repasi an. Die Autoren halten sich hierbei an den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und nehmen die Art. 2 und 3 als Grundlage, wobei die Frage im Raum steht, inwieweit die Umsetzung der normativen Ziele – beispielsweise Solidarität – Kosten erzeugen darf (S. 18), wobei unbestritten das scheinbar permanent erreichte Ziel »Frieden« eine wirtschaftliche Prosperität sichert, die bisher Garant für das Funktionieren der Gemeinschaft war. Darüber hinaus wird Europa als Demokratie und Rechtsgemeinschaft betrachtet, welche nicht zuletzt die Menschenrechte garantiert (S. 56–57). Der prozesshafte Charakter und die nötige Weiterentwicklung der Union sind den Autoren in ihrem Fazit besonders wichtig, denn nur so könne das Fortbestehen des Mehrwertes für alle (S. 65–66) gesichert werden. Im zweiten Kapitel richtet das gleiche Autorenteam seinen Blick im Detail auf den »Nutzen der

Unionsbürgerschaft« für das Individuum als politisch Handelnden, als Bürger, Reisenden, Patient und Verbraucher. »Aus Sicht der Unionsbürger bedeutet der Kompetenztransfer in diesen Bereichen eine Aufwertung seiner demokratischen Teilhaberechte [...]. Der Wert der europäischen Demokratie wächst dabei mit jedem Schritt, der zu ihrer weiterhin noch notwendigen Stärkung unternommen wird.« (S. 129).

Funda Tekin und René Repasi erweitern dann die Sichtweise mit einem Artikel über den »Wert des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts«. Hier greifen sie präzisierend die Überlegungen auf, die bereits im ersten Aufsatz im Unterpunkt »Europa als Rechtsgemeinschaft« angestellt wurden.

Christian Gokus steuert zwei Beiträge zu den Themenfeldern »Kosten und Nutzen des Euros« und »Die Bedeutung des Binnenmarktes« bei. Hierbei geht besonders der erste auf ein wesentliches Thema des politischen und medialen Debates ein. Dabei werden sowohl realwirtschaftliche Effekte der Euro-Einführung, der Preis der Stabilisierung und ganz wesentlich mögliche Austrittsszenarien aus makroökonomischer Perspektive beleuchtet.

Im Schlussbeitrag von Katrin Böttger über den »Nutzen der Erweiterung- und Nachbarschaftspolitik« werden zunächst die bisherigen Schritte der EU-Erweiterungen reflektiert, um dann die aktuelle Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und zuletzt Sezessionsbestrebungen und Austrittsszenarien zu analysieren.

Ein lesenswerter, durchdacht gegliederter Band, der auf hohem analytischen Niveau gängige europakritische Klischees, Stereotype und Stammtischparolen mit wissenschaftlich kühlem Blick widerlegt.

Christian Nestler

Philip MEHRTENS: *Staatsschulden und Staats-tätigkeit. Zur Transformation der politischen Ökonomie*, Frankfurt/M.: Campus, 2014, 297 S., 39,90 €

Welche Folgen haben Schuldenkrisen für einen Staat hinsichtlich seines Selbstverständnisses als entwickelter Wohlfahrtsstaat? Diese Frage stellt sich mit Blick auf die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Entwicklungen auch für

ein Land, das als Musterbeispiel für einen sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat galt bzw. gilt: Schweden. Der Politologe Philip Mehrrens, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, legt dazu eine Studie mit dem Titel *Staats-schulden und Staatstätigkeit. Zur Transformation der politischen Ökonomie Schwedens* vor. Für das Land als Untersuchungsobjekt sprach, dass die Entwicklung der dortigen Staatsfinanzen von einem ständigen Auf und Ab geprägt war, wobei sich Fiskalkrisen und Konsolidierungsphasen mit Haushaltsüberschüssen abwechselten. Anhand des Verschuldungsverlaufs Schwedens und der damit einhergehenden Transformationsprozesse der Ökonomie sollten nach Mehrrens Staats-schulden und Staatstätigkeit in ihrer Wechselwirkung untersucht werden.

Dabei nimmt der Autor eine finanzsoziologische Perspektive gegenüber der volkswirtschaftlichen Entwicklung ein, wobei folgende Forschungsfragen behandelt werden: Es geht zunächst um die Erörterung der Ursachen für die Verschuldungskrisen, sodann um die Gründe für eine nur kurzfristige Besserung in der ersten Krise der 1980er Jahre und eine nachhaltige Besserung in der zweiten Krise der 1990er Jahre, aber auch um den Sonderweg eines Sparens mit regelmäßigen Haushaltsüberschüssen auch nach der Fiskalkrise in den 2000er Jahren. So gliedert sich denn auch die Arbeit von Mehrrens: Nach Ausführungen zu forschungspraktischen Grundlagen der Methodologie und des Untersuchungsdesigns beschreibt er zunächst die politische Ökonomie Schwedens in der Nachkriegszeit. Dem folgend geht er ausführlicher auf die erste Verschuldungskrise mit den bürgerlichen Krisenmaßnahmen und dem sozialdemokratischen »Dritten Weg« und danach auf die zweite Verschuldungskrise mit der monetaristischen Wende und den tiefgreifenden Reformen ein.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei »auf einer systematischen Rekonstruktion der schwedischen Transformationsprozesse, die zumindest eine theoretisch generalisierbare Erklärungslogik und Wirkungszusammenhänge aufdeckt, obwohl sie nur auf den empirischen Daten eines Falls basiert« (S. 44). Derartige Kontexte behandelt Mehrrens dann auch für die folgende Phase der aufstrebenden ökonomischen Entwicklung, wo die Regierung ihre Sparpolitik selbst in den guten

Zeiten fortsetzte. Er beschreibt dabei den graduellen Wandel anhand von Bereichen wie der Arbeitsmarktpolitik, dem Bildungssektor und dem Gesundheitssystem ebenso wie der Kinderbetreuung, dem Pflegesektor und der Rentenpolitik. Dies hatte folgende Konsequenzen: »Einerseits sind die Steuersätze, die Staatsquote und die Generosität und die Universalität der sozialen Sicherungssysteme im Gegensatz zu anderen Ländern hoch...« Andererseits wurde in kaum einem anderen Industrieland »derart umfangreich gekürzt, liberalisiert und das Institutionengefüge transformiert« (S. 261f.)

All dies beschreibt und kommentiert Mehrrens mit differenziertem Blick und großer Sachkenntnis, wobei eine ebenso beachtens- wie reflexionswerte Fallstudie über die Folgen von Finanzkrisen in Wohlfahrtsstaaten entstanden ist. Gleichwohl fragt man sich als Leser am Ende dann doch: Was lehrt uns das? Oder seriöser formuliert: Worin liegt der genaue Erkenntnisgewinn für den Umgang mit Finanzkrisen? Welche politischen Konsequenzen können für den sozialen wie wirtschaftlichen Bereich daraus gezogen werden? Durchaus zutreffend spricht der Autor etwa den Kontext von steigender Einkommensungleichheit und sinkender Partizipationsbereitschaft an. Er schreibt ganz zum Schluss auch: »Es ist politischer Wille und nicht finanzieller und ökonomischer Zwang, der die Wandlungsprozesse forciert« (S. 272). Gerade da wird es aus politischen Gründen besonders spannend, und gerade da beschränkt sich Mehrrens doch allzu sehr auf allgemeine Kommentare. So wirkt die ansonsten durchaus gelungene Studie mehr ökonomisch und weniger politologisch.

Armin Pfahl-Traughber

Daniela MÜNKE (Hg.), *Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Auswahl edition, Berlin: BStU-Verlag, 2014, 192 S., ohne Preis*

Die Arbeit der Staatssicherheit der DDR beschrieb ihr Minister Erich Mielke im November 1989 den Volkskammerabgeordneten der DDR folgendermaßen: »Wir [das MfS] haben, Genossen, liebe Abgeordnete, einen außerordentlich hohen Kontakt zu allen werktätigen Menschen. [...] und wir haben hervorragende Informationen



geliefert, die die Entwicklung soweit brachten, wie wir sie heute haben.« In der überwiegenden Zahl der Fälle war der »Kontakt« der Staatssicherheit zu den DDR-Bürgern unfreiwilliger Natur. Die »Informationen« stammten aus Bespitzelung, Abhöraktionen, Postkontrollen oder anderen konspirativen Quellen, ausgewertet von der »Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) des MfS für die Parteiführung. Daniela Münkler ist es gelungen, eine griffige Auslese an ZAIG-Berichten für den Zeitraum von Mitte September bis zur Maueröffnung am 9. November 1989 aus der Perspektive der Staatssicherheit zu präsentieren. Der Schwerpunkt ihres Materials liegt auf den Analysen der Opposition, der Ausreisebewegung und der Kirchen. Er umfasst zudem Berichte, die die ungehörte wie facettenreiche Kritik der Bevölkerung am SED-Regime aufzeigen, sowie die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen des Geheimdienstes an die politische Führung der DDR.

In der Tradition der BStU-Reihe *DDR im Blick der Stasi* ist der Dokumentensammlung eine bündige Einleitung vorangestellt, die ein Bild über die ZAIG und ihre Arbeitsweise vermittelt. Die Verfasserin räumt quellenkritisch ein, die Berichte beschrieben einerseits gesellschaftliche, ökonomische und politische Probleme der DDR, andererseits zeugten sie von einer ideologisch bedingten Wahrnehmungsverzerrung der Staatssicherheit. Wer jedoch eine intensive Auseinandersetzung mit den Dokumenten des MfS erwartet, wird enttäuscht. Der Charme der Dokumentation liegt nicht in ihrer Analysekraft, sie offenbart vielmehr die Perzeption der finalen Phase des Regimes durch die Tschekisten. Die Verfasserin lässt den Leser bei der Sichtung der Berichte nicht völlig auf sich allein gestellt. Eine Vielzahl von Fußnoten erklärt jede genannte Person, Gruppe, Organisation sowie jedes Ereignis, Gesetz und jede Verordnung. Die Akten sind nahezu vollständig ediert. Neben Titel, Text, Ausgabedatum und Vermerken ist erkenntlich, welche Personen den jeweiligen Bericht erhielten.

Die Dokumente widerlegen die Mär, das MfS sei ein Staat im Staat gewesen. Es war ein Werkzeug der Partei. Ohne ihre Weisung trat der Geheimdienst trotz seiner umfangreichen Informationen nicht in Aktion. Zu Recht zieht die Autorin das Resümee: »Das Unvermögen der Staats-

und Parteiführung der DDR, auf die Eskalation der Ereignisse angemessen zu reagieren, ist jedenfalls nicht auf eine unzureichende Information durch die DDR-Geheimpolizei zurückzuführen« (S.19). Wie eine »angemessene Reaktion« der SED ausgesehen hätte, lässt sie offen. Ohne die Unterstützung Moskaus war die Staatsführung in Berlin machtlos. Eine gewaltsame Niederschlagung der Proteste war ebenso unwahrscheinlich, wie eine Restauration der SED-Herrschaft auf friedlichem Wege. Mit Blick auf die Handlungsoptionen wären die ZAIG-Berichte der ersten fünf Monate des Jahres 1989 wesentlich aufschlussreicher. Wann bemerkte die Stasi die Anfänge der aufkommenden Oppositions- und Ausreisebewegung? Wie wertete sie die Demonstrationen zum Todestag von Rosa Luxemburg und wie die Ereignisse um die Kommunalwahlen im Mai 1989? Hier war der Partei- und Staatsapparat in seiner Handlungsfähigkeit nicht eingeschränkt. Erich Honecker stand noch unangefochten an der Spitze des Politbüros. Wer zu diesem Zeitpunkt vom baldigen Fall der Mauer und dem Niedergang der DDR gesprochen hätte, wäre in beiden Teilen Deutschlands in den Verdacht der geistigen Umnachtung geraten. Als 70.000 Menschen am 9. Oktober 1989 in Leipzig auf die Straßen gingen, war die Systemkrise der DDR für jedermann sichtbar. Um die Ereignisse und Stimmung in der Bevölkerung zu bewerten, genügte ein Blick ins Westfernsehen.

Vor 24 Jahren stellten Armin Mitter und Stefan Wolle die erste Dokumentensammlung aus der Hinterlassenschaft des MfS zusammen. Ihr Werk *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar bis November 1989* erreichte eine Auflage von einer Viertelmillion Exemplaren. Der hier besprochenen kostenfreien BStU-Veröffentlichung ist ein ähnliches Maß an Publizität zu wünschen, damit die Erinnerung an die Exzesse der SED nicht verblasst.

Benjamin Page

Heinrich OBERREUTER: *Republikanische Demokratie. Der Verfassungsstaat im Wandel* [Tutzingen Studien zur Politik, Bd. 1], Baden-Baden: Nomos, 2012, 516 S., 79,00 €

Es mag eine banale Feststellung sein, dass unsere heutige Zeit von Veränderungen und Umbrüchen

geprägt ist, die sich in einer für den Beobachter geradezu atemberaubenden Rasanz vollziehen. Als ebenso banal kann man die sich daraus ergebende Forderung abtun, sich in einer solchen Situation auf seine Stärken zu besinnen und die bewährten Dinge und Gewohnheiten zu erhalten. Ganz und gar nicht banal ist allerdings die Frage, was eigentlich als das Bewahrens werte zu gelten hat. Denn mit dieser Frage ist das eigene Selbstverständnis berührt. Heinrich Oberreuter spürt den institutionellen und kulturellen Grundlagen westlicher Demokratien nach und untersucht die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen historischer Entwicklung, gesellschaftlichem Wandel und politischen Veränderungen. Der vorliegende Band stellt eine Sammlung von Aufsätzen und Beiträgen dar, in der Arbeiten aus vier Jahrzehnten zu finden sind. Die einzelnen Abschnitte wurden behutsam überarbeitet und so komponiert, dass für den Leser der Eindruck gedanklicher Geschlossenheit und innerer Logik entsteht. Auch ältere Überlegungen haben nichts an Aktualität eingebüßt und fügen sich nahtlos in die Analysen gegenwärtiger Herausforderungen ein.

Oberreuter hebt an mit einer dichten Beschreibung zentraler Problemlagen, denen sich liberale Demokratien stellen müssen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie in modernen Gesellschaften noch ein das politische System tragender Grundkonsens hergestellt werden kann. Dass diese Aufgabe immer schwieriger zu bewältigen ist, dürfte jedem aufmerksamen Beobachter geläufig sein. Seinen institutionellen Ort findet diese basale gesellschaftlich-politische Übereinkunft in der Verfassung, deren Wirkungsbedingungen und -mechanismen im ersten großen Teil des Werkes auf vielfache Weise ausgedeutet werden. Die Verfassung bildet den Referenzrahmen für politisches Handeln und in ihrer rechtlichen Kodifizierung der Menschen- und Bürgerrechte die normative Grundierung für das Wissenschaftsverständnis Oberreuters. Doch bedürfen die verfassungsrechtlichen Grundlagen eines Staates der Verankerung in der Bevölkerung. Das Medium, mittels dessen die Beziehungen zwischen diesen beiden Sphären des Politischen verrechnet werden, ist das Vertrauen. Allerdings ist damit kein einseitig naiver Glaube der Bevölkerung an die politischen Institutionen gemeint, sondern ein mehrdimensionaler Prozess gegenseitiger kritischer Begleitung, der im besten Falle

von einer ebenfalls wechselweise vorliegenden Vermutung eines gemeinwohlorientierten Handelns getragen wird. Erodieren dieses Vertrauen, sind auch nach außen gefestigt erscheinende Demokratien nicht vor Krisenerscheinungen gefeit. Auch die darauffolgenden näheren Ausführungen zur Verfassung gründen auf einer Einordnung in theoretische Überlegungen. Mit Gewaltenteilung und Pluralismus werden weitere Bausteine des liberal-modernen Verfassungsstaates untersucht. Es geht auch an dieser Stelle darum, aufzuzeigen, wie voraussetzungsreich in Theorie und Praxis beide Konzepte sind und welchen Angriffen sie sich immer erwehren müssen. Es gilt – jenseits von Harmoniesehnsüchten und Homogenitätsbestrebungen, die sich auch und gerade in der Gegenwart finden lassen – Regeln zu etablieren, die den notwendigen Streit und die produktiven Auseinandersetzungen in der Demokratie ermöglichen, ihnen aber auch Grenzen setzen, um die Stabilität des Ganzen nicht zu gefährden.

Im zweiten Teil wendet sich der Verfasser dem Parlamentarismus zu, der für ihn nicht nur aufgrund der Komplexität politischer Realitäten und Entscheidungsprozesse eine unverzichtbare Institution moderner Staatlichkeit darstellt. Ausgehend von einer Erläuterung der historischen und theoretischen Grundlagen des heutigen Parlamentarismus im Sinne einer wirkungsmächtigen Institution innerhalb einer repräsentativen Demokratie, werden die Funktionen und Funktionsvoraussetzungen von Parlamenten analysiert. Zu Letzteren zählen u. a. die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in strukturell kleinere Gruppen, die bezogen auf ihre Interessen stark divergieren können und die zunehmende Komplexität von politischen Perzeptions- und Entscheidungsprozessen, auf die die Parlamente mit zunehmender Professionalisierung regiert haben. Dies findet seinen Ausdruck beispielsweise darin, dass Parlamente als Bestandteil eines parlamentarischen Regierungssystems in die gouvernementale Sphäre eingebunden sind. Zugleich wächst in diesem System gesteigerter Anforderungen den Oppositionsfractionen ein anspruchsvolles Tableau an Aufgaben zu. Daraus entsteht ein kompliziertes Wechselspiel, in dem die einzelnen Parlamentsfunktionen ineinander verschachtelt sind. Hinzu kommt die Einbettung des parlamentarischen Handelns in die jeweilige politische Kultur, die

historische Genese politisch-sozialer Strukturen und in die konkrete politische Situation mit ihren spezifischen Handlungsbedingungen. Bezogen auf den Bundestag weist Oberreuter auf die Problematik der »Verwurzelung« des deutschen Parlaments in der politischen Kultur des Landes hin. Damit wird auch die Frage aufgeworfen, inwieweit die Öffentlichkeit mit der Wirklichkeit des modernen Parlamentshandelns vertraut ist. Man muss kein großer Skeptiker sein, um »Friktionen« zwischen dem Vollzug der Realität und ihrer Wahrnehmung konstatieren zu können. Der Autor hütet sich allerdings davor, diese Differenz allein auf dem Konto der Bürger zu verbuchen. So bestehen durchaus Kommunikationsdefizite auf Seiten des Bundestages. Dennoch bleibt trotz aller gerechtfertigten Kritik am Parlamentarismus und seiner real existierenden Ausgestaltung festzuhalten: »Parlamente [bleiben] die Kerninstitutionen der Demokratie. Sie sind die Verkörperung der Volkssouveränität. Mit ihrem Wirken vermitteln sie Legitimität politischer Entscheidungen und des politischen Systems generell; gleichzeitig sorgen sie für Responsivität und Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten [...]« (S. 254). Die bisher in die Diskussion eingebrachten Alternativvorstellungen zum parlamentarischen Regierungssystem verkennen schon aufgrund ihrer strukturellen Defizite die vielgestaltigen Kommunikations- und Entscheidungsprozesse des zeitgenössischen politischen Betriebes.

Moderne Gesellschaften sind Mediengesellschaften. Die Eigengesetzlichkeiten der medialen Vermittlung von Politik und deren Einfluss auf die Institutionen und ihre internen Abläufe stehen daher im Mittelunkt des nächsten Abschnittes. Es besteht zwischen Massenmedien und politischem Personal ein beidseitiges Abhängigkeitsverhältnis, wobei allerdings zunehmend die mediale Seite die Spielregeln bestimmt. Eine sachlich-analytische Berichterstattung fällt immer weniger in die Kernkompetenzen massenwirksamer Informationsübermittlung. Dramaturgische und dramatische Zuspitzungen ist ihre Sache eher, was insbesondere für das immer noch als solches zu bezeichnende Leitmedium Fernsehen gilt. Darunter leidet insbesondere die Darstellung der politischen Alltagsprozeduren, die aufgrund ihres Kontinuitäts- aber auch Rationalitätsanspruchs nicht genügend Interesse zu erzeugen

scheinen. Sie unterschreiten das Radar des medialen Interesses. Doch ist es auch die politische Klasse selbst, die diesen Prozessen Schwung verleiht. Einladungen zu Talkshows werden zwar sicherlich auch als Ausweis eigener Wichtigkeit angenommen, sie bieten aber gleichzeitig die Chance, zusätzliche Publizität zu erlangen, die ohne diese Formen der Darstellung nicht gegeben wären. Der einzelne Parlamentarier handelt in der über die Parlamentsberichterstattung hinausgehenden Öffentlichkeit immer zugleich als Vertreter des Parlaments. Gleichwohl stünden dem Parlament als Institution selbst Möglichkeiten zur Verfügung, seine Präsenz in den Medien zu verstärken. Mit Blick auf den Bundestag ließe sich an die Herstellung von Ausschussöffentlichkeit denken, die mit der Entlastung des Plenums »von peripheren Materien« (S. 332) einhergehen könnte. Auch die Einführung einer direkten Befragung der Bundeskanzlerin ähnlich der »Prime Minister's Question Time« könnte zu einer Belebung führen. Dies allerdings hängt zu einem nicht unwesentlichen Teil vom Willen der Parlamentarier selbst ab. Die Frage nach dem Parlament bliebe jedoch zu einem guten Teil unbeantwortet, schlosse sie nicht die Problematik der Parteien mit ein. Auf diesem Feld werden die Veränderungen und Verwerfungen im Bereich der Politik als Folge dynamisierter gesellschaftlicher Wandlungsprozesse besonders sichtbar. Die zunehmende Aufsplitterung der Gesellschaft findet ihre Spiegelung in einer sich mittlerweile stetig verändernden Parteienlandschaft. Die großen Parteien werden es immer schwerer haben, ihre interessen- und schichtenübergreifende Integrationsfunktion zu erfüllen. Dies hat unmittelbar Auswirkungen auf den politischen Entscheidungsprozess. Die Kritik an »den« Parteien ist dabei nicht nur bei den Wählern ausgeprägt, sie findet auch in der Publizistik ihren Niederschlag. Hier gilt es zwischen berechtigter Kritik und populistischer Zuspitzung zu unterscheiden. Letztere eignet sich nur sehr bedingt, Rationalität und Legitimation einzufordern. Die eigentliche Gefahr lauert an anderer Stelle. Der Mix aus Ansehensverlust, Lethargie und Desinteresse kann zu politischen Lähmungserscheinungen auf Seiten von politischem Personal und Öffentlichkeit führen, die sich gerade in einer ständig verändernden Umwelt negativ auswirken. »Die jüngste Wahl- und Parteiengeschichte lehrt, wie riskant es ist,

politisch Kreativität, Dynamik und Veränderungsoffenheit einzufordern, wenn die Gesellschaft von Sicherheitsmentalität beherrscht ist und in der Beharrung keine Risiken erkennen will« (S. 379).

Schließlich wendet sich der Autor einer Reihe von Themenfeldern zu, die die bisherigen Analysen ergänzen und abrunden. Im Abschnitt über plebiszitäre Verfahren rekonstruiert Oberreuter deren demokratietheoretischen Grundlagen und zeigt die darauf gründenden Umsetzungsprobleme in der politischen Wirklichkeit auf. Zwar ist der Autor nicht der Meinung, dass sich plebiszitäre Elemente nicht ein repräsentatives System einbauen ließen, gewonnen ist aus demokratischer bzw. legitimatorischer Sicht damit allerdings wenig. Volkabstimmungen können nicht als Garant gegen Politikverdrossenheit in Stellung gebracht werden. Derlei Verfahren heben weder den Rationalitätspegel politischer Entscheidungen an, noch vermögen sie es, dauerhaft politisches Interesse zu generieren. Dies zeigen schon die meist geringen Beteiligungsquoten an den Abstimmungen. Zudem sind es oftmals Parteien und Interessengruppen selbst, die dieses Instrumentarium anwenden. Sind Kompetenz- und Substanzverluste schon bei nationalen Parlamenten zu beklagen, so gilt dieser Befund erst recht bei Länderparlamenten in föderalen Systemen. Sie sehen sich einer dreifachen Herausforderung gegenüber, die sich mit den Begriffen Unitarisierung, Gouvernentalisierung und Europäisierung umreißen lässt. Der Druck, der dadurch auf den Landesparlamentarismus entsteht, führt zu offensichtlichen Legitimations- und Funktionsdefiziten, die nicht einfach durch Reformmaßnahmen zu beseitigen sind. Oberreuter zeigt die Schwierigkeiten auf, die mit Reformvorhaben im föderalen System verbunden sind. Im bundesdeutschen Föderalismus wird eine Verschiebung hin zu konkurrenzföderalen Strukturen, die stark auf Kompetenztrennung fokussiert sind, den verhandlungs- und konsensorientierten Traditionen nicht gerecht. Institutionen sind keine geschichtslosen Module, die man einfach hin- und herschieben kann. Mit der Problematik der Eliten sind zwei für die Demokratie wichtige Bereiche angesprochen: Die Rekrutierung von politischem Personal und ihre Fähigkeit zur Führung. Führung ist auch in einer Demokratie unerlässlich, da ohne sie keine neuen Impulse gesetzt

werden können. Erforderliche Reformen bedürfen des Mutes, wobei kein geringer Teil darin besteht, den Kreislauf von Wahl- und Wiederwahl um der Sache willen außer Acht zu lassen. So bleibt die Frage, ob die Art und Weise, wie innerparteilich der politische Nachwuchs sozialisiert wird, politische Eliten hervorbringt, die dies zu leisten vermögen. Vor dem Hintergrund internationalisierter Entscheidungsprozesse erscheint die Fähigkeit zur Führung umso dringlicher zu sein. Dennoch muss festgehalten werden, dass Führung unter den heutigen Bedingungen schwerer denn je umzusetzen ist. »Die engere politische Elite, von der Wirtschaft nicht recht ernst-, und von den Medien in den Aktualitätsschitzkasten genommen, zunehmend an Kompetenz und Reputationsproblemen leidend, bewegt sich in einem Dilemma zwischen machtopportunistischer Responsivität und politischer Führung« (S. 447). Schließlich sind es die Bürgerinnen und Bürger selbst, die zwar nach Führung rufen, aber die damit verbundenen Zumutungen scheuen.

Oberreuter lotet besonnen und analytisch genau Bedingungen und Funktionsvoraussetzungen des politischen Systems eines demokratischen liberalen Verfassungsstaates vor dem Hintergrund beschleunigter Modernisierungsprozesse mitsamt ihren Widersprüchen aus. Patentrezepte können dabei nicht ausgestellt werden. Dieser nüchterne aber dennoch wohlwollende Blick auf die parlamentarische Demokratie und ihre verfassungsrechtliche Verankerung lässt den vorliegenden Band zum einem sehr lesenswerten Kompendium für Beschreibungen und Bewertungen aktueller Problemfelder avancieren. Dass der Autor es vermag, pointiert zu formulieren, ohne die Komplexität des behandelten Gegenstandes dabei aus den Augen zu verlieren, unterstreicht diesen Anspruch zusätzlich.

Bernhard Schreyer

Wolfgang REINHARD (Hg.): *Geschichte der Welt 1350-1750. Weltreiche und Weltmeere* [=Geschichte der Welt 3, hg. von Akira Iriye und Jürgen Osterhammel], München: C. H. Beck, 2014, 1008 S. 48 €; Kindle-Version 39.99 €

Seit Ende Oktober 2014 ist die siebenbändige *Geschichte der Welt* abgeschlossen: *Weltreiche*

und Weltmeere ist der dritte, die Jahre 1350–1750 umspannende Band. Er ist mit 1.672 Gramm nicht nur gewichtig, sondern auch das respektable Ergebnis geistiger Arbeit und publizistischen Engagements von, die Herausgeber eingeschlossen, sechs akademischen Autor(inn)en. Er schließt an die bereits erschienenen *Agraische und nomadische Herausforderungen 600–1350* und *Wege zur modernen Welt 1750–1870* an.

Das Buch ist formal gelungen und mit seinen hilfreichen Anhängen sowie den beiden Lesezeichen für Text und Anmerkungen sehr benutzerfreundlich ausgestattet. Der etwa vierzigseitigen problemorientierten Einleitung »Weltreiche, Weltmeere – und der Rest der Welt« folgen ausgreifende, wenn auch nicht unbedingt aufeinander abgestimmte und auf Vor- und Folgegeschichte bezogene Beiträge zu den geschichtlichen Weltregionen »Kontinentaleurasien«, zum »Osmanischen Reich« und zur »islamischen Welt«, zu »Südostasien und der indische Ozean«, »Südostasien und Ozeanien« und als Schlusskapitel »Europa und die atlantische Welt«, in dem der Herausgeber atlantisches Afrika, lateinisches Europa und neue atlantische Welten mit dem Atlantik als »eine Art Binnenmeer zwischen dem alten Europa und den neuen Europas« sowie dem gemeinsamen Handelspartner Westafrika« beschreibend aufreht. Im Verzicht auf die sonst weitverbreitete *Eurozentrik* liegt denn auch die Kardinalstärke des Sammelbandes.

Die zweite Besonderheit des Bandes ist die *generalglobalistische Sicht*, gerade so als sei (Welt-) Geschichte zielgerichtet finalisiert auf die *One World* Mitte der Zehnerjahre des 21. Jahrhunderts. Diesem Eindruck entspricht die (post)moderne Begrifflichkeit. So gibt es beispielsweise weder global verstandene Geschichte von Produktivkräften noch – zugegeben: hierarchisierende – auf Weltreiche bezogene Zentrum-Peripherie-Beziehungen; dafür (in der Einleitung des Herausgebers) sozialpsychologische Konstrukte wie Kommunikation, Interaktion, Kontaktzonen und Kontaktgruppen als *ex-post*-Anwendungen auf die Weltgeschichte 1350–1750.

Dem postmodernen Verständnis von historischer Weltentwicklung dieser vergangenen vier Jahrhunderte vor ihren Wegen in die Modernität nach 1750 entspricht das knapp 150 Seiten lange Kapitel zum Osmanischen Reich und zum Islam. Hier ließen sich bis auf die mikrostrukturelle

Eben der Einzelheiten, etwa am Beispiel des mittelmeerig-insularen Malta mit seinem »betont katholischen Johanniterorden« und der doppelten Erwähnung der gescheiterten reichsosmanischen Eroberung der Insel 1665 (der konzeptionellen Anlage geschuldete) Selektivitäten problematisieren.

Es wäre unzulässig, sowohl die allgemeine Begrifflichkeit als auch das *pars pro toto*-Beispiel zu verallgemeinern. Dennoch: Diese Form von Weltgeschichtsschreibung oder Universalhistoriographie konnte mich, bei allem Respekt vor wissenschaftlicher Mühe, Arbeit und Leistung, begriffsanalytisch nicht überzeugen; wobei der Leitansatz nicht *per se* ideologisch ist – sich jedoch hervorragend einpassen lässt in die Zeitgeistigkeit dieses Jahrhunderts mit der, politisch vorgegebenen, dominanten neuen *Eine-Welt-Ideologie*.

Richard Albrecht

Hans-Martin SCHÖNHERR-MANN: *Albert Camus als politischer Philosoph [Interdisziplinäre Forschungen, Bd. 26], Innsbruck: Innsbruck University Press, 2015, 136 S., 27,90 €*

Camus' Stellenwert als *politischer* Autor, dem es in seinen philosophischen wie literarischen Schriften und seinen couragierten Plädoyers, etwa gegen die Todesstrafe, stets um die *konkrete* Auseinandersetzung mit seiner eigenen Zeit gegangen ist – ist bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Für die meisten Interpreten ist Camus stets der philosophische Romancier und Humanist geblieben, dem es um die Bestimmung des Menschen im Allgemeinen gegangen sei, statt um konkrete Stellungnahme zu den Geschehnissen seiner Zeit im Besonderen.

Gerade die Diskrepanz zwischen dem *Allgemeinen*, das auf ein Grundsätzliches zielt, und dem *Besonderen*, das nur unter bestimmten Umständen gilt, erhält auch die Spannung, die sich zwischen das *philosophische* und das *politische* Werk schiebt. Denn wo ein Autor sich *politisch* äußert, nimmt er nicht nur unmittelbar Anstoß am Geschehen und Bezug auf das, was seine eigenen Verhältnisse bestimmt; er nimmt auch Stellung, ist involviert, ist nicht mehr interesselos, sondern befindet sich inmitten der Ereignisse selbst. Denkt er hingegen als *Philosoph* über das

Geschehen nach, dann muss er Abstand zu diesem Geschehen gewinnen. Dann kann er nicht mehr unmittelbar Teil von ihm sein, sondern muss sich zurückziehen von dem, was er betrachten und reflektieren will. Der Gegensatz zwischen *politischem* Engagement und *philosophischer* Interesselosigkeit markiert die Grenze zwischen dem Menschen als einem *denkenden* und einem *handelnden* Wesen. Und weil der Mensch nicht zur gleichen Zeit denken *und* handeln kann und nicht dort betrachten kann, wo er noch aktiv beteiligt ist, wird man stets geneigt sein, sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen.

Anders Schönherr-Mann: Er will die Spannung zwischen dem politischen und dem philosophischen Autor Camus nicht aufheben, sich gerade nicht zugunsten des einen oder anderen entscheiden. Vielmehr lässt er beide Seiten bestehen, indem er beiden den Vorrang gibt. Denn das Nachdenken und Reflektieren kann sinnvoll nur dort sein, wo es auf dem Boden der Wirklichkeit steht und aus der lebendigen Erfahrung erwächst, die der Wirklichkeit entspringt. Zeitlich gesehen behält das Politische also den Vorsprung. Aber dieser Vorsprung wäre unnütz, wenn er sich nicht entsprechend *verarbeiten*, mehr noch *bearbeiten* und *fruchtbar* machen ließe. Hier nun rückt der Philosoph in den Mittelpunkt und erhält die Oberhand. Nicht, indem er sich ins Allgemeine flüchtet und aus dem konkreten Geschehen ein überzeitliches Faktum konstruiert, das zur Grundlage des Menschseins schlechthin wird. Das wäre schon deshalb unsinnig, weil die Umstände mitsamt ihrer Protagonisten doch immer andere sind und keine allgemeinen Erklärungen geben, die zu allen Zeiten dieselben Ergebnisse hervorbrächten. Verarbeiten und verändern kann der Mensch nur seine *eigene* Zeit und diese auch nur aus dem Konkretesten heraus. Schönherr-Mann verortet Camus in seiner eigenen Zeit – in Algerien zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter französischer Kolonialherrschaft; in Europa während des Zweiten Weltkriegs zur Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus; im Vichy-Frankreich unter deutscher Besatzung; in der Zeit der Résistance, in der der Widerstand aufkeimt gegen die staatlichen und ideologischen Repressionen und gegen die Auswüchse des allumgreifenden Terrors. Camus schreibt, denkt und handelt vor diesem Hintergrund – ein Hintergrund, der keine allgemeinen Gründe offenlegt

und der auch keine allgemeinen Mittel zur Verfügung stellt, um mit ihm umzugehen. Die Mittel lassen sich nur im Einzelnen, im Konkreten und Partiellen finden; sie bleiben entsprechend einzeln und unvollständig, müssen immer wieder von Neuem gesucht werden. Dem trägt Camus *politisch* wie *philosophisch* Rechnung. Sein erstes großes Werk, der *Mythos des Sisyphos*, entsteht »unter deutscher Besatzung, als der zweite deutsche ›Griff nach der Weltmacht‹ gerade zu glücken scheint (S. 9). Camus thematisiert darin das Absurde als das Bedürfnis des Menschen nach Klarheit, Ordnung und Einheit gegenüber einer Welt, die dazu schweigt. Die Welt hat dem Menschen nicht mehr zu bieten als Fremdheit, Chaos und Widersprüchlichkeit; sie lässt ihm seine Sinnsuche lächerlich und vergeblich erscheinen. In dieser unwirtlichen Welt bleibt der Mensch verlassen und auf sich selbst gestellt. »Das Absurde ist im wesentlichen eine Entzweiung« heißt es im *Mythos des Sisyphos* – eine Entkopplung zwischen dem Menschen und dem Rahmen, der ihn umgibt. Doch entsteht dieses Gefühl der Fremde und Verlorenheit zu einer *konkreten* Zeit, inmitten von Umständen, die sich in der modernen Welt abzeichnen und ein Gefühl existentieller Obdachlosigkeit hervorrufen: der Verlust metaphysischer Sinngebäude und religiöser Hoffnung; die Verheißung der modernen Technik, die nach dem 19. Jahrhundert mit seinem euphorischen Glauben Beherrschbarkeit der Naturkräfte im 20. Jahrhundert zunehmend in ein Gefühl des ohnmächtigen Ausgeliefertseins umschlägt. »Die politische Situation erzeugt die Absurdität der individuellen Existenz«, schreibt Schönherr-Mann (S. 19) und löst damit den literarischen Gehalt gerade nicht aus seinem zeithistorischen Kontext heraus, sondern bettet ihn unmittelbar ins Geschehen ein.

Gegen die technischen und politischen Unwägbarkeiten kann das Allgemeine nichts ausrichten, können weder Wissenschaft noch Religion noch *sinnvolle* oder *vernünftige* Lösungen anbieten. Dort, wo die Wissenschaft im technischen Erkenntnismodell gefangen bleibt und sich in szientistische Allmachtsphantasien flüchtet, verliert die Religion zunehmend an Kraft und Substanz. So wird nach dem Tod Gottes (Nietzsche) und dem fortschreitenden Rationalisierungsprozess der Moderne (Weber), nach dem Verlust transzendenter Glaubenserfahrung und gesicher-

ter Wahrheiten auch die Aussicht auf ein Jenseits schal. Der Mensch, der sich in eine solche Welt geworfen findet, ihr aber dennoch nicht durch Selbstmord oder durch den *Sprung* – in die Religion, den Szientismus oder Nihilismus – auszuweichen sucht, muss dem Absurden standhalten. Camus exemplifiziert dies am *Mythos des Sisyphos*, des tragischen antiken Helden, der von den Göttern dazu verurteilt wird, einen Felsblock unablässig den Berg hinaufzuwälzen, von dessen Gipfel der Stein aber kraft seines eigenen Gewichts immer wieder hinunterrollt. Das Tragische an diesem Bild ist nicht nur die Vergeblichkeit des Unternehmens, sondern vor allem das Bewusstsein, das der Held von seiner Lage hat. Sisyphos weiß um die um die Vergeblichkeit seiner Anstrengung. Aber Camus lässt ihn nicht resignieren, sondern mit einem entschlossenen *Trotzdem* darüber triumphieren, oder, wie es im *Mythos von Sisyphos* heißt: »Die Klarsichtigkeit, die Ursache seiner Qual sein sollte, vollendet zugleich seinen Sieg. Es gibt kein Schicksal, das durch Verachtung nicht überwunden werden kann.« Der Stein wird zu seiner eigenen Sache: Sisyphos nimmt sich seiner Lage an und widersteht damit seinem Schicksal. »Auflehnung im Angesicht von deren Aussichtslosigkeit heißt Camus' Programm, das gar nicht allgemein menschlich, sondern individuell und situativ intendiert ist, das im Sisyphos symbolisiert eine historisch beinahe neue Haltung formuliert, nämlich eine individuelle Fähigkeit zu Kritik, Protest und Widerstand unabhängig von Gemeinschaften wie Klassen, Parteien, Gewerkschaften, die ansonsten solche Proteste organisieren und in die sich das Individuum nur einklinkt.« (S. 35).

Aus dem individuellen Protest entwickelt sich die Revolte, die Gegenstand von Camus' philosophischem Hauptwerk *Der Mensch in der Revolte* wird. Die Auflehnung des Individuums angesichts einer ihm widerfahrenen Ungerechtigkeit, eines Skandals, der von ihm Besitz ergreift, setzt Camus in Gegensatz zu jenem anderen Großprojekt der Moderne: dem der Revolution. Diese insistiert auf einem Umwälzungsprozess, der sich auf das *Ganze* richtet und nach dem historischen Absolutum greift. Erfolgreich ist die Revolution erst dort, wo sie ihr Ziel vollständig erreicht; wo sie zur Vollendung kommt, weil sie alles verändert hat. Revolutionen brauchen Mittel, die ins Extreme führen, weil sie aufs Ganze

setzen und Ganzheit beanspruchen. Sie negieren die eine Ordnung zugunsten einer anderen; werfen die eine Gesellschaftsform ab, um aus der Abwertung heraus ein neues System zu etablieren. Was zählt, ist nicht das Individuum, sondern das Kollektiv, dessen Macht sich aus der Masse speist. Um die neue Ordnung zu etablieren, setzt sich die Revolution ein historisches Datum: den Tag, an dem alles anfängt und mit dem alles endet, auch wenn dieser gelegentlich verschoben werden muss. Solch weitreichenden Ziele und umfassende Vorhaben kann sich die Revolte nicht leisten. Sie gerade geht vom Protest des Einzelnen aus, kann nur in konkreten Situationen entstehen, bleibt daher fragmentarisch, bruchstückhaft und unabgeschlossen. »So treten Revolution und Revolte im gegenseitigen ablehnenden Einvernehmen auseinander. Camus stellt dem Revolutionär den revoltierenden Menschen gegenüber. Er wird Recht behalten. Nicht nur dass die Revolutionäre so gut wie gescheitert sind. Erfolg wird allein der revoltierende Mensch erzielen, wiewohl er diese zumeist gar nicht beabsichtigte oder erst viel später eintreten – man denke an die Bürgerrechtsbewegung, die Frauenbewegung, die Umweltbewegung.« (S. 77).

Damit schließt Schönherr-Mann unmittelbar an unsere heutige Zeit an, hält aber die Spannung aufrecht zwischen dem *politischen* Autor Camus, den er in seiner Zeit verankert, und dem *Philosophen* Camus, der sich immer wieder neu aktualisieren lässt. »Was ist ein Mensch in der Revolte?«, fragt Camus und gibt auch gleich die Antwort: »Ein Mensch der nein sagt. Aber wenn er ablehnt, verzichtet er doch nicht, er ist auch ein Mensch, der ja sagt aus erster Regung heraus.« Die Haltung des revoltierenden Menschen erklärt sich dann als ein bestimmter *Bezug* zum Sein – nicht zum Sein im Allgemeinen, das die *conditio humana* grundsätzlich definiert, sondern zu einem konkreten Sein, das sich selbst nur in konkreten Situationen erfährt und die Kraft zum Widerstand nur dort freisetzen kann, wo es eine bestimmte Lage nicht länger hinnehmen will. »Der Revoltierende wägt ab und sucht nach einem gangbaren Weg zwischen verschiedenen Ansprüchen, bewegt er sich somit auf einer Grenze, zwischen Unterscheidungen, Differenzen – ein Wort, das in der postmodernen Philosophie wichtig werden wird, die nun mal in Frankreich und Italien zuhause ist, während sie in der nordatlanti-

schen Provinz nur ein Schattendasein fristet – ein mittelmeeisches Denken.« (S. 114).

Wenn sich die Zeit der Weltbilder aufzulösen beginnt und mit ihr auch die großen Entwürfe verblassen und wenn der Fokus nurmehr auf dem Naheliegenden und Kleinteiligen liegt, dann werden sich Politik wie Philosophie nur noch mosaikartig und fragmentarisch fortbewegen können. Aber Fragmente bleiben deshalb nicht unvollständiger, weil ihre Steine verstreut sind. Sie setzen das Mosaik nur auf einer anderen Ebene neu zusammen, bleiben im *Denken* anschlussfähig und im *Handeln* fortführbar. Hans-Martin Schönherr-Mann setzt mit seiner Studie *Albert Camus als politischer Philosoph* den ersten Stein in ein Mosaik, das das Werk dieses großen Autors in seiner eigenen Zeit bestehen lässt und es gerade dadurch ins Heute überführt.

Linda Sauer

Sebastian STOPPE: *Unterwegs zu neuen Welten. Star Trek als politische Utopie*, Darmstadt: Buchner-Verlag, 2014, 324 S., 34,90 €

Der vorliegenden Untersuchung geht es im Kern um die Klärung des Verhältnisses der beiden Genres *Utopie* und *Science Fiction* (im Folgenden SF). Sebastian Stoppe wählte als Gegenstand der Untersuchung das amerikanische Fernseh- und Filmprojekt *Star Trek*, das von 1966 bis heute in verschiedenen Staffeln ein Millionen-Publikum erreicht hat und immer noch erreicht. Stoppe zeigt, dass *Star-Trek* von wesentlichen SF-Impulsen lebt: Das ganze Star-Trek-Universum ist Ausfluss des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Symbol dieser Tendenz ist die Raumfahrttechnologie, von deren Faszination die Serien ebenso getragen sind wie von technologischen Extrapolationen wie drahtlose Kommunikation, Internet etc. – Technologien, die heute zum Alltag unserer globalisierten Welt gehören.

Aber *Star Trek* antizipiert auch noch nicht realisierte Technologien wie Replikatoren, Transporter- und Antriebstechnologien. Hinzu kommen Motive der SF-Literatur, die seit Herbert George Wells und Jules Verne das Genre prägen: durch Technik ermöglichte interstellare Reisen, Begegnung mit technisch-manipulierten Völkern, das durch Technik erst ermöglichte Abenteuer der Begegnung mit dem »Fremden« im All etc.

Kurzum: *Star Trek* ist in dem Maße der SF-Tradition verhaftet, wie seine Akteure in erheblichem Maß vom Ob und Wie technischer Innovation leben. Die Motivation der Produzenten war und ist, mit Hilfe dieses Musters ein größtmögliches Publikum zu erreichen. Auch würde Stoppe wohl das damit verfolgte Ziel nicht bestreiten, ein massenwirksames SF-Unterhaltungsszenario medial optimal zu vermarkten, um dadurch Gewinne zu realisieren. Aber zugleich insistiert der Verfasser darauf, dass *Star-Trek* »überschießende Gehalte« transportiert, die sich nicht dem kapitalistischen Profitstreben Eins-zu-Eins subsumieren lassen. Dies ist ihm zufolge immer dann der Fall, wenn *Star Trek* das technikimmanente Muster transzendiert und die gesellschaftlichen Implikationen der technologischen Entwicklung aufzeigt.

Genau an diesem Punkt lässt Stoppe den Übergang zum utopischen Genre erkennen: Selbstreflexivität, die in Morus' *Utopia* eine oft unterschätzte Rolle spielt, wenn er den idealen Einrichtungen Utopias mit Ironie begegnet. Eben diese Skepsis gegenüber dem Ursprung von SF, der modernen Technik, zeichnet auch *Star Trek* aus. Zwar wird nicht die Technik als Technik in Frage gestellt, wohl aber die Unfehlbarkeit von Menschen, die mit ihr umgehen. Mit dem anthropozentrischen Weltbild der klassischen Utopie übereinstimmend, lehnen die Star-Trek-Aktivistinnen den transhumanistischen Versuch einer technischen Aufrüstung des Menschen ab, weil die totale Verschmelzung von Mensch und Maschine das, was den Menschen ausmacht, zerstören würde. Wie in der klassischen Utopie wird auch bei *Star Trek* das fiktive Szenario zu einer Projektionsfläche genutzt, um aktuelle Fehlentwicklungen der Herkunftsgesellschaft zu reflektieren. Den klassischen Utopien durchaus analog, hat die Gesellschaft in den Raumschiffen und in den Raumstationen zwar Kontakte zur Außenwelt, aber ihr sozialer Inneraum ist geschlossen und autarkistisch nach funktionalen Kriterien hierarchisch organisiert. Die Arbeit steht wie in der klassischen Utopie hoch im Kurs. Die Architektur der Raumschiffe und der Raumstationen ähnelt durchaus dem Muster der utopischen Planstädte. Das Geld ist abgeschafft. Die Ökonomie funktioniert nach Kriterien der Subsistenzwirtschaft, und das Privateigentum hat an Bedeutung erheblich eingebüßt. Das erneute Auftauchen



wichtiger utopischer Struktur-Elemente sieht sich dadurch ergänzt und gestützt, dass die Privatheit im *Star-Trek*-Kosmos in dem Maße minimiert erscheint wie das Leben im Kollektiv sowohl bei der Arbeit als auch bei der Gestaltung der Freizeit eine überragende Bedeutung erlangt.

Wenn man diese Resultate der Untersuchung Revue passieren lässt, stellt sich die Frage, wie das Mischungsverhältnis von Utopie und SF zu bewerten ist. Stoppe kommt zu dem Schluss, dass die Utopie-Elemente überwiegen, *Star Trek* daher dem Genre der politischen Utopie zugerechnet werden muss. Doch dieser Einschätzung stehen einige Einwände gegenüber. Hat *Star Trek* nicht vom grundsätzlichen Standort der SF utopische Elemente assimiliert? Geht die utopische Tradition nicht auf die Antike und das Mittelalter Europas zurück, die dann in Morus' *Utopia* ihr modernes Profil erhielt? Und ist demgegenüber SF nicht Ausfluss der Industriellen Revolution, der *Star-Trek* ungleich näher steht als das Denken in alternativen normativen Kategorien, welche die klassische Utopie auszeichnet? Das utopische Konstrukt lebt u.a. auch von der Denkfigur eines Neuen Menschen, der durch Erziehung

und starke Institutionen geschaffen werden soll. Von ihm ist in *Star-Trek* ebensowenig die Rede wie von einem Erziehungsprogramm, das der moralischen Optimierung des Menschen dient. Für das utopische Denken ist auch der zwischenstaatliche Friede ein hohes Gut, von dessen Realisierbarkeit es grundsätzlich ausgeht. Dagegen lassen die späteren *Star-Trek*-Serien permanente Kämpfe im All erkennen, die denen auf der Erde fast Eins-zu-Eins nachgebildet sind.

Doch diese Fragen schmälern den wissenschaftlichen Ertrag der Untersuchung nicht wesentlich. Denn eines ist sicher: *Star Trek* hat die klassische SF insofern transzendiert, also wesentliche Strukturelemente integriert, die auch in der klassischen Utopie-tradition eine zentrale Rolle spielen. Diese Möglichkeit einer gegenseitigen Assimilierung methodologisch überzeugend und anhand eines umfangreichen Materials aufgezeigt zu haben, ist das große Verdienst der vorliegenden Studie. Sie stellt daher für die Utopie- und für die SF-Forschung einen nicht zu unterschätzenden Gewinn dar.

Richard Saage